



Detlef Wetzel

Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Rede

Aktionstag 24. Februar

Essen, 24.02.2011

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am letzten Wochenende hat die Politik wieder eine Chance vertan.

Eine Chance, Politik für die Mehrheit der Menschen zu machen.

Indem sie etwas Ordnung in den Arbeitsmarkt gebracht hätte.

Denn eine Equal-Pay-Regelung wäre möglich gewesen.

Aber im letzten Moment haben Union und FDP in ihren Verhandlungen mit der Opposition diese Chance verstreichen lassen.

Nach anfänglichen konstruktiven Gesprächen haben sie dem Druck der Arbeitgeber nachgegeben.

Ok, es soll einen Mindestlohn geben.

Aber das ist lediglich ein Placebo und hilft beim Kampf gegen den Missbrauch durch Leiharbeit nicht.

Darum sage ich:

Schwarz-Gelb macht nach wie vor Politik für Arbeitgeber und Leiharbeitsbranche.

Und nicht für die Menschen.

Leiharbeit wird missbraucht zur Lohndrückerei!

Leiharbeit wird missbraucht zur Spaltung der Beschäftigten!

Leiharbeit wird missbraucht um die Stammbeslegschaften klein zu halten.

Damit muss Schluss sein!
Arbeit ist keine Ramschware.

Arbeit ist der wertvollste Rohstoff, den wir in Deutschland haben.

Wir haben Anspruch auf respektvollen Umgang.

Wir wollen Arbeit – Sicher und Fair!

Kolleginnen und Kollegen,

im September - zu Beginn des Aufschwungs - haben wir in einer Betriebsrätebefragung festgestellt:

Es wird Beschäftigung aufgebaut.

Das aber vor allem in der Leiharbeit und der befristeten Beschäftigung.

Damals wurde uns gesagt:

Zu Beginn eines Aufschwungs ist das normal.

Bei einer Verstetigung des Aufschwungs wird sich das ändern.

Wir haben jetzt noch mal nachgefragt und stellen fest.

Nichts hat sich geändert.

Die Wirtschaft wächst im Frühjahr 2011 stabil.

Trotz dieser stabilen und positiven Konjunktorentwicklung schaffen Unternehmen kaum unbefristete Beschäftigungsverhältnisse.

Im Gegenteil:

Die Arbeitgeber richten sich mit Leiharbeit und Befristungen ein.

Die Zahl der Betriebe, die auf Leiharbeit verzichten, sinkt von 34 auf 32 Prozent.

Der Anteil der Leiharbeit hat sich sogar noch leicht erhöht.

Und die Politik unterstützt diese Entwicklung durch Nichtstun.

So regelt auch der Gesetzentwurf zur Leiharbeit, der in den kommenden Wochen im Bundestag verhandelt wird, nichts.

Hier bedient die Arbeitsministerin nur das Klientel, das Milliarden mit der Leiharbeit verdient.

Wir rufen der Arbeitsministerin zu:

Machen Sie Politik für die Mehrheit der Menschen!

Bleiben sie nicht Erfüllungsgehilfen bei dem schmutzigen Spiel, dass noch mal mehrere hunderttausend Stammarbeitsplätze durch billige Leiharbeit ersetzt werden.

Verstoßen sie nicht gegen EU-Recht

Setzt die EU-Richtlinie zur Gleichstellung der Leiharbeiter in nationales Recht um.

Für alle Beschäftigten muss gelten:

Gleiche Arbeit – Gleiches Geld!

Kolleginnen und Kollegen,

aber es geht uns nicht nur um eine Regulierung der Leiharbeit.

Wir wollen insgesamt eine andere Art der Arbeit.

Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Arbeit ist der wertvollste Rohstoff, den Deutschland besitzt.

Es gilt ihn zu hegen und zu pflegen.

Arbeit darf nicht zur Ramschware verkommen.

Heute arbeiten rund 6 Millionen im Niedriglohnbereich!

Es ist ein Skandal, wenn man den ganzen Tag hart arbeitet und dann nicht genug Geld zum Leben hat!

Es ist ein Skandal, wenn man den ganzen Tag arbeitet und dann durch Hartz IV aufstocken muss.

Arbeit hat keine Würde wenn man nicht von Ihr leben kann!

Darum gilt:

Schluss mit der Ausbeutung!

Schluss mit prekärer Beschäftigung!

Kolleginnen und Kollegen,

Gerade Jugendliche und junge Arbeitnehmer werden in diese Hungerlohnjobs abgeschoben.

Wer prekäre Beschäftigung fördert oder zulässt, untergräbt massenhaft Lebensperspektiven.

Vor allem junge Menschen brauchen und wollen sichere Arbeit, um ihr Leben – auch ihr Privatleben planen zu können.

Die Realität zeigt aber:

Immer weniger Betriebe bilden aus.

Rund 50 Prozent aller Auszubildenden werden nicht mehr übernommen.

In der Gruppe der 15- bis 24-jährigen ist die Erwerbslosenquote fast doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Statt guter Ausbildung und guten Arbeitsplätzen werden die Jungen in unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsplätze abgedrängt.

Teilweise finden sie eine Beschäftigung in der Leiharbeitsbranche und landen wieder in ihrem alten Ausbildungsbetrieb.

Wir stehen für sichere und faire Arbeit.

Deshalb setzen wir heute ein deutliches Zeichen!

Wir fordern die Übernahme der Ausgebildeten in eine feste Beschäftigung statt prekärer Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit.

Denn nur mit stabilen und qualifizierten Belegschaften meistern wir die Herausforderungen der Zukunft.

Nur mit angemessen bezahlter Arbeit stärken wir die Binnenkonjunktur!

Und nur mit ausreichend Beitragszahlern stabilisieren wir unsere sozialen Sicherungssysteme!

Nur so geben wir den jungen Menschen eine gute Perspektive für die Zukunft.

Kolleginnen und Kollegen,

eine prekäre Arbeitsform ist kein selbst gewählter Lebensstil, nur weil sie massenhaft erzwungen wird!

Wir akzeptieren nicht den Weg der Turbo-Flexibilisierung.

Flexibilisierung gibt es mit uns nur unter dem Schutz tariflicher Regelungen und betrieblicher Mitbestimmung.

Das gilt auch für die Hochqualifizierten.

Denn prekäre Beschäftigung ist auch ein Thema für sie.

Auch Hochschulabsolventen brauchen heute bis zu fünf Jahre, bis sie sich beruflich etabliert.

Wer über den drohenden Fachkräftemangel klagt und zugleich für Absolventen von Fach- und allgemeinen Hochschulen nur Praktika oder Werkverträge statt sicherer Beschäftigung bietet, der treibt ein böses Spiel!

Auch für Hochschulabsolventen gilt:

Übernahme nach einer betrieblichen Ausbildung ist ein Muss!

Denn wer ein Jahr lang an einem Traineeprogramm eines Unternehmens teilgenommen hat und danach nicht übernommen wird, hat schlechte Ausgangsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt.

Weniger bekannt ist der Missbrauch beim Thema Werkvertrag.

Neben Leiharbeit und Befristung infiziert hier eine neue Krankheit den Arbeitsmarkt.

Was in der Produktion die Leiharbeit, ist in vielen Forschungs- und Entwicklungsbereichen der Werkvertrag.

Ob Airbus, Alstom, Audi, BMW, Daimler, Opel oder VW – überall herrscht ein Wildwuchs an Werkverträgen.

Wie viele es sind, können Betriebsräte oft nur erahnen.

Hier wachsen mitbestimmungs- und tariffreie Zonen, die sich der Gestaltung und Kontrolle durch Betriebsräte entziehen.

In vielen Fällen handelt es sich dabei um Scheinwerkverträge.

Wie bei der Leiharbeit arbeiten Beschäftigte mit Werkvertrag zu einem großen Teil Hand in Hand mit Stammelegschaften, sie werden eingesetzt wie normale Beschäftigte.

Viele bleiben aber Arbeitnehmer zweiter Klasse.

Sie verdienen weniger, sie haben keine Interessenvertretung.

Und die Arbeitgeber umgehen Kündigungsschutz, betriebliche Mitbestimmung und tariflich Bezahlung.

Sie tragen keine Verantwortung für Abgaben an die Sozialversicherung.

Dagegen müssen wir etwas unternehmen!

Wie bei der Leiharbeit werden durch Werkverträge Stammarbeitsplätze ersetzt.

Schon jetzt werden in fast 40 Prozent der befragten Betriebe Werk- und Dienstverträge als Flexibilisierungsinstrument eingesetzt.

Die Unternehmen setzen voll auf unsichere oder gering entlohnte Beschäftigung.

Das ist nicht die Erfolgsformel, die uns jahrzehntelang Wohlstand beschert und uns erfolgreich durch die Krise getragen hat!

Das dürfen wir nicht hinnehmen!

Kolleginnen und Kollegen,

betrachtet man die Arbeitsrealität von Frauen, wird schnell klar, dass Frauen schon lange unter prekären Bedingungen arbeiten.

Die Frauenerwerbsquote steigt - aber von der Arbeit leben können viele trotzdem nicht.

Frauen arbeiten zwangsweise immer kürzer und zu immer schlechteren Bedingungen.

2009 waren nur 37 Prozent der Vollzeitbeschäftigten Frauen.

Sie stellten aber mit knapp 84 Prozent den Löwenanteil der Teilzeitbeschäftigten.

Die Hälfte von ihnen bringt monatlich nicht mehr als 800 Euro Brutto nach Hause.

Oft haben Frauen schlicht keine andere Wahl.

Es gibt nur Teilzeitangebote für sie.

Teilzeit ist für viele Mütter die einzige Möglichkeit, Beruf und Kinder miteinander zu vereinbaren.

Weil trotz aller öffentlichen Bekundungen viel zu wenig Betreuungsmöglichkeiten da sind.

Zudem haben die Arbeitgeber gerade in den sogenannten Frauenberufen in einem erheblichen Umfang sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen abgebaut.

Und dafür viermal so viele Minijobs geschaffen.

Immer mehr Frauen bleibt deshalb nur der berühmte Minijob, wenn sie eigenes Geld verdienen wollen.

Ein eigenständiges, existenzsicherndes Einkommen bieten diese Minijobs bekanntlich nicht.

Alarmierend ist: Rund 70 Prozent der Minijobber sind weiblich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland ist in Europa das Land mit dem größten Niedriglohnsektor.

Der Frauenanteil beträgt rund 70 Prozent.

Das kann so nicht angehen.

Arbeit muss zum Leben reichen - das gilt auch für Frauen.

Wir brauchen deshalb gerade aus Frauensicht Mindestlöhne.

Gerade aus Frauensicht müssen wir prekäre Beschäftigung eindämmen und Beschäftigten unseren Schutz und unsere Solidarität anbieten.

Damit sich die Arbeitsbedingungen nicht weiter verschlechtern.

Frauen haben ein Recht darauf, ihre Existenz selbst zu sichern.

Ob mit oder ohne Kinder, verheiratet oder unverheiratet, vom Berufsleben bis in die Rente!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Auseinandersetzung gegen prekäre Beschäftigung ist auch ein Kampf um den Respekt vor der Arbeit und den Menschen, die sie leisten.

Darum nehmen wir es nicht hin, wenn ein fester Arbeitsplatz, Tarifeinkommen und Kündigungsschutz zu Auslaufmodellen degradiert werden sollen.

Wir nehmen es nicht hin, wenn Beschäftigte zu Bittstellern beim Sozialamt werden, weil das Einkommen nicht zum Leben reicht.

Wir nehmen es nicht hin, wenn beim Start ins Arbeitsleben den Jugendlichen mitgeteilt wird:

Eigentlich seid ihr nur Lückenbüsser.

Eigentlich haben wir für euch nur Leiharbeit oder befristete Jobs.

Und wenn sie ein unbezahltes Praktikum bekommen, sollen sie noch dankbar sein.

Damit muss endlich Schluss sein!

Kolleginnen und Kollegen,

aus den Geschichtsbüchern wissen wir:

Tagelöhneri und Hungerlöhne gab es im Frühkapitalismus.

Wollen wir dahin zurück?

Nein!

Und darum müssen wir die stoppen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen!

Der Wert der Arbeit muss wieder erhöht werden.

Wir akzeptieren keine Zweiklassengesellschaft im Betrieb!

Wir akzeptieren auch nicht, dass Menschen arm sind trotz Arbeit.

Wir werden in den Betrieben und gegenüber der Politik keine Ruhe geben.

Wir wollen Arbeit – sicher und fair!